

# Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 36 Pf.; unter Kreuzband 86 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart  
Mittwoch den 7. Oktober  
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunfel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

## Inhalts-Verzeichnis.

Der Parteitag zu Dresden. — Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen im Jahre 1902. II. Von M. Gr. — Frauenarbeit im Gartenbau. Von F. Reitt. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Mumu, das Händchen des Taubstummen. Erzählung von J. S. Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von E. A. Hauff. (Fortsetzung.)

Notizenteil: Der Zehnstundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Euitung.

## Der Parteitag zu Dresden.

Niemand wohl von allen, die an dem Dresdener Parteitag teilgenommen haben, blickt mit dem Gefühl ungemischter Befriedigung auf ihn zurück. Bei der Beratung der zwei Fragen, welche den größten Teil seiner Zeit in Anspruch nahmen, waren die sachlichen vielfach mit persönlichen Momenten verknüpft, um nicht zu sagen von ihnen vergiftet. Zumal bei den Debatten über die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse drängten sie sich breit, überwuchernd in den Vordergrund. In den Ausführungen Brauns und Bernhards nahmen sie sogar den Charakter eines seit langem wohl vorbereiteten Nachfeldzugs gegen den Mann an, der mit rücksichtsloser, aber dankenswerter Schärfe auf den groben Unflug der sozialdemokratischen Mitarbeit an der „Zukunft“ hingedeutet hatte. Die Wunden, welche Mehring als Gegner vor reichlich zwanzig Jahren der Partei geschlagen hat, wurden aufgerissen; was er als Privatperson, als Freund gegen den Freund gefehlt haben soll, das zerrten geschäftige Hände gierig hervor. Eindrücke, Stimmungen, Gedankenreihen tauchten beim Auseinanderplatzeln der Geister auf, so niederdrückend und schmerzlich, wie sie noch kein Parteitag in uns ausgelöst hat.

Und doch! Und doch können wir uns nicht zu denen gesellen, welche den Dresdener Parteitag als einen verlorenen, wertlosen bejammern. In der Frage der Taktik hat er sehr wichtige Arbeit geleistet, welche die Erfüllung unserer praktischen Tagesaufgaben erleichtern und fördern wird. Er hat in der Frage der Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse einen Reinigungsprozeß eingeleitet, dessen Dringlichkeit und Bedeutung erst im Lichte der bekannten Veröffentlichung in Nr. 52 der „Zukunft“ scharf umrissen hervortritt.

Gewiß: wir hätten gewünscht, daß die Auseinandersetzungen über die umstrittene Materie weniger persönlich und vor allem weniger zeitraubend gewesen wären. Allein, daß es anders kam, daran tragen lediglich jene Genossen die Schuld, welche an Stelle des Versuchs zur sachlichen Rechtfertigung ihrer Auffassung und Haltung den tödlichen Lieberfall gegen die Person Mehrings setzten. Da auch die größten Sünden seinerseits noch keine Entschuldigung, geschweige denn ein Rechtfertigungsgrund für die Mitarbeit von Sozialdemokraten an der „Zukunft“ wären, so trägt das Hinüberzerren der Diskussion von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet das Brandmal persönlicher Rache. Dies aber um so unverwundbarer, als in der Sache selbst die betreffenden Genossen einen fluchtartigen Rückzug antraten, der im schroffsten Gegensatz stand zu der seit Monaten angekündigten und inszenierten Protestaktion gegen den „Ufas“ des „Parteiregenten“.

Wir bedauern es tief, daß das gekennzeichnete Vorgehen einzelner den Parteitag zum Tummelplatz eines Luns erniedrigte, das mit seinem Drum und Dran an die Gepflogenheiten von Kaffeekranzschwestern, schnüffelnder Detektives und schlechter Komödianten erinnerte. Unserem Bedauern steht jedoch ein Trost gegenüber. Was sich da spreizte, war nicht Wein vom Wein und Fleisch vom Fleisch der Sozialdemokratie. Nur Elemente, in deren Seele der sozialistische Gedanke nicht zu fruchtbarerem Leben aufgegangen ist, die der große, läuternde Hauch unseres Parteiseins nicht berührt hat, nur der Sozialdemokratie Wesensfremde: konnten ohne Empfindung für die Würde des Parteitags, für die Verantwortlichkeit gegenüber den Massen, die in der sozialistischen Bewegung mehr erblicken als ihre politische Interessenvertretung, ihre Erzieherin zu einem höheren Lebensinhalt, ihre persönliche Angelegenheit derart über die Sache der Partei stellen, wie es die Genossen Bernhard und Heinrich Braun getan. Bernhards innerlicher Zusammenhang mit unserer Partei reicht offenbar nicht über das leichte Verständnis jenes Kaffeekranz-Literatentums von Berlin W. hinaus, das von der eigenen Bedeutung tief durchdrungen durch weit mehr und festere Fäden mit der Dekadenz der Bourgeoisie als mit der gesunden Kraft des aufstrebenden Proletariats verbunden ist. Dr. Heinrich Braun aber ist — abgesehen von einer Frist unter dem Ausnahmegesetz — bis zur Zeit, wo er eine Reichstagskandidatur fand, weder als Kämpfer auf dem politischen Schlachtfeld der Sozialdemokratie gestanden, noch als Schaffender in ihrer wissenschaftlichen, theoretischen Werkstatt tätig gewesen. Die sozialpolitischen Zeitschriften, die er gegründet und glänzend geleitet hat, stehen durchaus außerhalb der sozialdemokratischen Partei. Von berufensier Seite konnte ihm in der „Leipziger Volkszeitung“ der Vorwurf entgegengeschleudert werden, daß er für die Partei nichts geleistet, daß er nur hinter den Kulissen gehetzt habe.

Wie hart auch das obenstehende Urteil von den wesensfremden Elementen klingen mag: was seither Herr Harden an Material zu der sogenannten „Zukunftsbearbeitung“ in die Öffentlichkeit geworfen hat, bestätigt es vollauf. Kein Hauch vom frühlingfrischen Odem des Sozialismus, nur beklemmender Fäulnisgeruch der verwesenden bürgerlichen Welt umweht es. Auch wenn man von vornherein in Abrechnung bringt, was die Veröffentlichung an Liebertreibungen und Verdrehungen etwa enthält, bleibt mehr als genug Unansehnliches, Anklagendes zurück. Bis zur Stunde ist es nur unzulänglich oder auch gar nicht entkräftet. Genosse Bernhards neuerliche Erklärung steht im Widerspruch zu seinen Dresdener Versicherungen. Die Antwort des Genossen Göhre deckt sich nicht vollständig mit seinen Ausführungen vor dem Parteitag. Dr. Heinrich Braun trägt zwar sehr beweglich den Jammer seiner Enttäuschung und sittlichen Entrüstung vor über die endlich entdeckte grenzenlose moralische Verworfenheit seines Anklägers. Den schweren Vorwurf dagegen, dem Parteitag gegenüber bewußt unaufrichtig gewesen zu sein, sucht er nur durch jesuitische Wortklaubereien abzuwehren.

Mag sein, daß bis zum Erscheinen dieser Zeilen die in der „Zukunft“ enthaltenen Anwürfe noch befriedigend zurückgewiesen werden, soweit sie sich auf das Verhalten der drei Genossen dem Parteitag gegenüber beziehen. Aber auch dann bleibt noch der infamierende Beitschenhieb Hardenscher Beschuldigung: „In dieser ehrenwerten Volksversammlung saßen mindestens acht Menschen, die mich kennen, mich umwarben, Gefälligkeiten jeglicher Art von mir erbettelt und mich als Dank für nahrhaftere Speise, die sie

bei mir faulen, mit Bewunderung bewirtet haben.“ Keiner von ihnen hat das Wort zur Verteidigung des Mannes zu ergreifen gewagt, der Vorstehendes schreiben konnte, nicht einmal Heinrich Braun, der es ausdrücklich verheißt. Daß es ein Harden ist, der schwere Anklage erhebt, macht die Sache wahrlich nicht besser, nur schlimmer.

Man drehe die vorliegenden Tatsachen wie man will, Harden wie der Partei gegenüber bleibt ein ansehnlicher, bedenklicher, schmerzlicher Rest persönlicher Zweideutigkeit und Charakterlosigkeit zurück. Und diese Tatsache zeigt klarlich, daß in Dresden um Bedeutsameres gestritten worden ist als um Literatengezänk. Um die Notwendigkeit strengster Einheitlichkeit zwischen Sein und Tun, zwischen Überzeugung und Handeln. In einer Partei wie der unseren, die auf eine bestimmte Gesicht- und Weltanschauung gegründet ist, geht es schlechterdings nicht an, daß — um sinnbildlich zu reden — Genossen, die führen, die Geister leiten und erziehen wollen, vor den Massen das klare proletarische Wasser trinken, im kleinen Konventikel aber mit Herrn Harden bourgeoisen Wein und „nährhaftere Speisen“ genießen; daß sie heute die bürgerliche Gesellschaft bekämpfen, morgen aber den Herausgeber der „Zukunft“ als „Politiker“ mit Komplimenten überschütten, wie sie ein Kammerdiener vor seinem Herrn nur errötend stottern würde. Der aufgezeigte Zwiespalt ist der Boden, in dem alle möglichen Fäulnisbazillen der bürgerlichen Welt üppig gedeihen. Im Zusammenhang mit diesem Untergrund findet die Leidenschaft und Schärfe ihre Erklärung und Rechtfertigung, mit welcher in Dresden gegen die Mitarbeit von Genossen an der „Zukunft“ gekämpft worden ist.

Und unter diesem Gesichtswinkel ist vor allem auch als Ganzes Bebel's hinreißende Rede zu bewerten, die in der Äußerung gipfelte, daß „wer sich zur Partei bekennet, ihr ganz gehört, mit Haut und Haar“. In ihr fand das heiße Begehren der Massen nach persönlicher und politischer Reinheit und Einheitlichkeit seinen Ausdruck, die tief empfundene Forderung, daß in den ersten Reihen der Sozialdemokratie nur kämpfen kann, wer die Brücken zur bürgerlichen Welt hinter sich abbricht und ohne mit ihr zu partiiieren, ohne zu feilschen und zu rechnen, mit jedem Atemzug, jedem Herzschlag für den Sozialismus lebt.

Was die Verhandlungen des Parteitag's über die Taktik anbelangt, so kann — was immer im einzelnen anders zu wünschen wäre — mit ihrem Schlusergebnis die Partei unseres Erachtens zufrieden sein. Die Abstimmung über die verschärfte Resolution Bebel-Kantusch-Singer hat die nötige Klarstellung des Kräfteverhältnisses zwischen den Anhängern der alten revolutionär-proletarischen und denen der revisionistischen Taktik herbeigeführt. Und lediglich um diese Klarstellung handelte es sich, keineswegs aber — wie müßige Phantastereien und geschäftige Jungen wissen wollten — um den Bann gegen einzelne Persönlichkeiten. Die Entscheidung des deutschen Parteitag's wird nicht ohne vorteilhafte Rückwirkung auf die Kämpfe zwischen Sozialismus und „Millerandismus“ in Frankreich und Italien bleiben. Allerdings: ziffermäßig ist die Feststellung des Kräfteverhältnisses zwischen „Orthodoxen“ und „Revisionisten“ nicht ganz vollständig und rein. Mit Nein stimmten etliche Radikale, denen die Resolution nicht weit genug ging oder durch die Zustimmung des und jenes Genossen entwertet schien. Andererseits fielen für die Resolution Stimmen von Genossen, welche einer Revision unserer Taktik in einzelnen Fragen eifrig das Wort geredet haben. Ob sie durch ihre Zustimmung die Schwäche ihres Führlins verdecken oder die Resolution bedeutungslos machen wollten, bleibe dahingestellt. Uns genügt die Tatsache ihres Ja.

Alles in allem ist übrigens die Verschiebung des Stimmverhältnisses zwischen den beiden Richtungen eine geringfügige und ändert nichts an der Bedeutung der Abstimmung. In ihr ist zweifellos ohne die Auffassung, der Wille der erdrückenden Mehrzahl der Delegierten, der Parteigenossen hinter ihnen, zum Ausdruck gelangt. Dafür spricht sinnesfällig das eine. Die Debatte über die Taktik ist dem Parteitag nicht durch die Erörterungen und Wünsche einiger Theoretiker, durch die Hundstagsstimmung heißsporniger Temperamente aufgezwungen worden, sie ist aus dem Bedürfnis der Massen nach Klärung und Einheit hervorgewachsen. Das aber sind sach-

liche Momente, die unserer Ansicht nach weit bestimmender, bindender wirken werden als der Wortlaut der angenommenen Resolution, als der Wortlaut irgend einer noch so fein formulierten Resolution. Wir bedauern deshalb aufs lebhafteste, daß in den Auseinandersetzungen über die strittige Frage nicht mehr, weit mehr Redner zu Worte gekommen sind. Vor allem aber jene Genossen, deren Name oft nicht über den Bannkreis der Heimat hinausdringt, die aber in treuer organisatorischer und agitatorischer Kleinarbeit die wichtigsten tragenden Kräfte, die unerschütterliche Stärke unserer Partei sind. So hoch wir die Ausführungen unserer ersten Führer einschätzen, so Wertvolles sie brachten: wir gäben gern einen Teil von ihnen für ein Duzend Neben „unbekannter“ Genossen hin.

Aber noch ein anderes haben wir an den Verhandlungen auszusagen. Daß die Frage der Taktik bloß im Hinblick auf die parlamentarische Aktion der Partei erörtert wurde, nicht aber auch im Zusammenhang mit ihrer wesentlichsten subjektiven Vorbedingung: der Erweckung und Erziehung des proletarischen, des revolutionären Klassenbewußtseins der werktätigen Massen. Uns bedünkt, daß in dieser Beziehung das rasche und gewaltige Anschwellen der Sozialdemokratie zur Dreimillionenpartei uns wenn auch nicht neue, so doch gewachsene und bringende Aufgaben stellt, zu deren Lösung die Mittel und Wege überprüft werden sollten. Der Ausdehnung des sozialistischen Gedankens in die Breite muß seine Vertiefung und Befestigung entsprechen. Nur dadurch schaffen wir sichere Bürgschaft für eine Taktik, welche unbeschadet von Veränderungen im einzelnen ihrem ganzen Wesen nach der praktische Ausdruck unserer grundsätzlichen Auffassung der geschichtlichen Entwicklung bleibt. Es gilt der Tendenz entgegenwirken — sie wird durch unsere politischen Verhältnisse, in erster Linie durch den Kampf zur Abwehr der bössartigsten Reaktion ausgelöst —, die sozialistische Bewegung zur einseitigen politischen Bewegung und diese wiederum ihrerseits zur engen parlamentarischen Aktion zusammenschrumpfen zu machen. Es gilt, den Sozialismus als eine festgeschlossene, einheitliche Lebens- und Weltanschauung im Bewußtsein der Massen und jedes einzelnen zur schöpferischen Entfaltung zu bringen. Wir begrüßen es gewiß freudig, daß der Parteitag die Parole gegeben: Vorwärts zur politischen Arbeit, zum politischen Kampfe auf Grund der alten siegkrönten Taktik! Wir hätten jedoch gewünscht, daß sie durch die Losung ergänzt worden wäre: Vorwärts zur Erziehung der Massen, vorwärts zur Selbsterziehung durch den Sozialismus und für den Sozialismus in der Organisation, in der Werkstatt, in der Familie! Gerade das Um und Auf der Beratungen des Parteitag's ist unserer Meinung nach ein Beweis dafür, daß diese Losung nottut.

Von manchen Seiten ist bemängelt worden, daß der Parteitag sich nicht eingehender mit den nächsten politischen, parlamentarischen Arbeiten der Sozialdemokratie beschäftigt hat. Wir meinen, er hat das Wichtigste und Beste dafür geleistet, was unter den Umständen zu leisten war, indem er Klarheit über den Weg geschaffen, auf welchem die Sozialdemokratie der Erfüllung ihrer gegenwärtigen und damit gleichzeitig ihrem Endziel zustrebt. Daß er daneben auch manche wertvolle praktische Anregung gezeitigt hat, wird erst klar in Erscheinung treten, wenn sich die Bogen der Erregung geglättet haben ob all der unerquicklichen, widerwärtigen Begleiterscheinungen, welche den sachlichen Auseinandersetzungen anhafteten.

Mit einem reinigenden Gewitter in der Sozialdemokratie ist der Dresdener Parteitag verglichen worden. Mit Recht. Wenn er unter Sturm, Donner und Blitz sachliche Unklarheiten und Mißverständnisse weggefegt, persönliche Spannungszustände zur Entladung gebracht, Mißtrauen und was in ihm Arges, Vergiftendes emporkeimt, beseitigt hat; wenn er durch Aufzeigen von Wunden und Flecken im Parteileben wie in dem Verhalten einzelner den nötigen Gesundheits- und Läuterungsprozeß einleitete: so wird er für die kernhafte innere und die kraftvolle äußere Entwicklung der Sozialdemokratie mehr und wertvolleres geleistet haben als mancher seiner Vorgänger, der die Partei in bengalischer Beleuchtung als makellose Marmorgruppe zeigte und von harmonischen Jubelfanfaren umklungen war.

## Die Erhebungen über die Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiterinnen in Preußen im Jahre 1902.

### II.

Höchst lehrreich sind in den Einzelheiten der Erhebungen zunächst die Widerlegungen, welche hier königlich preussische Beamte gegen die alten Ladenhüter unternehmerlicher Weisheit vorbringen, beweisen und mit tatsächlichen Erfahrungen belegen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keinen dauernden Lohnverlust und keine nicht sich ausgleichende Produktionsverminderung nach sich zieht. Im Gegenteil! Der Wert der meisten mitgeteilten Erfahrungen, der Mehrzahl dieser Urteile liegt nun freilich wieder nicht in ihnen selbst. Er besteht vielmehr nur darin, daß wir hier neue Bestätigungen für sehr alte Wahrheiten aus behördlichem Munde hören. Selbst unter allen auch nur halbwegs vorurteilslosen bürgerlichen Ökonomen gibt es längst keinen ernsthaften Streit mehr über die in Betracht kommenden Fragen. Einige Urteile verdienen aber doch auch um ihrer selbst willen weiteste Verbreitung. Wir greifen aus ihnen nur zur Charakteristik heraus. Da sagt zum Beispiel der Berichterstatter für einen der industriellen Regierungsbezirke, für den Regierungsbezirk Arnberg, daß für die Verkürzung der Arbeitszeit schon so zahlreiche Gründe vorgebracht worden seien, „daß es sich erübrigt, diese zu wiederholen“. Es hat sich nach seinem Wissen „noch immer — auch in der Textilindustrie — erwiesen, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit nicht eine entsprechende Verminderung der Produktionsfähigkeit nach sich gezogen hat.“ So kommt er unzweideutig zu dem Schlusse: „Ebenso wenig wie die Arbeiterschaft wird auch die Industrie eine nennenswerte Schädigung durch diese Maßregel erfahren und von einer dadurch verursachten Erschwerung des Wettbewerbes mit dem Ausland kann füglich wohl keine Rede sein.“ Dazu passen wie eine fortsetzende Beweisführung die Ergebnisse und Urteile, zu denen der Berichterstatter für den Regierungsbezirk Hildesheim kommen muß. Er stellt zunächst fest, daß die Arbeiter der Betriebe mit zehnstündiger Arbeitszeit in der Lage waren, den anfänglich natürlich vorhandenen Lohnausfall „durch bessere Ausnutzung der Arbeitszeit und intensivere Arbeit allmählich vollkommen auszugleichen“, und daß weiter die Arbeitslöhne in den Betrieben mit elfstündiger Arbeitszeit „in der Regel nicht höher, vereinzelt sogar niedriger“ als in den Betrieben mit zehnstündiger Arbeitszeit zu sein pflegten. Derselbe Berichterstatter, wie alle übrigen, die sich darüber positiv äußern, stellt fest, daß die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters wie des betreffenden Betriebs mit der Verkürzung der Arbeitszeit in keiner Weise abnahm, sie „hatte vielmehr meistens besser geschulte und ordnungsliebendere Arbeiter sowie eine Verbesserung der Betriebseinrichtungen im Gefolge, wodurch die Konkurrenzfähigkeit nur noch gestärkt wurde“. Mit etwas anderen Worten heißt dies alles weiter nichts als das, was unsererseits so tausendfach schon gesagt wurde: nämlich daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer liegt. Freilich: nur im wohlverstandenen Interesse desjenigen Unternehmers, der die immanente Entwicklungstendenz der kapitalistischen Betriebsweise zu verstehen und zu unterstützen weiß, der mit der Zeit und ihren Fortschritten geht. Unser amtlicher Bericht sagt ganz klipp und klar: „Wo allerdings noch veraltete Betriebseinrichtungen benutzt werden, die teurer arbeiten, und wo die infolge dessen hohen Herstellungskosten der Erzeugnisse vorwiegend durch niedrige Löhne auf konkurrenzfähiger Höhe gehalten werden, können möglicherweise durch eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit Betriebseinstellungen vorkommen, wenn die Gewerbetreibenden nicht zu durchgreifender Verbesserung ihrer Betriebseinrichtungen übergehen. Auf die Dauer werden solche Betriebe aber auch bei einer elfstündigen Arbeitszeit nicht lebensfähig bleiben und zu Verbesserungen oder zur Einstellung des Betriebes gezwungen sein. Diese Betriebe verdienen deshalb meines Erachtens nicht die von ihnen beanspruchte Rücksicht, ihre wegen auf eine gesetzliche Festlegung der zehnstündigen Arbeitszeit für Arbeiterinnen zu verzichten.“ Das ist gewiß ein vernünftiges Urteil, das auch zwischen den Zeilen die unsäglich traurige Halbheit unserer

sogenannten „Sozialreform“ enthüllt. Auf Kosten von Millionen Proletarier und Proletarierinnen schließt sie betriebstechnisch zurückgebliebene Unternehmungen und hält sie künstlich hoch, ohne doch schließlich ihren naturnotwendigen Untergang verhüten zu können, nur daß aber erst das ganze physische und psychische Sein der Proletarier und Proletarierinnen geopfert wird. Das angeführte Urteil läßt aber auch weiter unsere andere oft erwiesene Behauptung durchleuchten, daß solche zurückgebliebene Betriebe gerade durch eine Reform der Betriebe selbst zu ihrer eigenen ökonomischen Rettung geradezu gezwungen werden.

Neben diesen Einzelheiten allgemeiner Tendenz und Gültigkeit werden aber auch eine große Menge ganz spezieller Beispiele für die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit gegeben. Diese speziellen Beispiele stammen aus ganz bestimmten, genau angegebenen Betriebszweigen und Orten und müssen gerade deshalb so augenfällig überzeugend bei allen wirken, welche den behandelten Fragen nicht vom einseitigst bornierten Unternehmerstandpunkt gegenübertreten. So wird zum Beispiel in dem Bericht über den Regierungsbezirk Breslau von einer Tonröhrenfabrik Mitteilung gemacht, die 130 Arbeiterinnen beschäftigt und zwar nach offizieller Angabe in elfstündiger Arbeitszeit. Bei Besprechung der Angelegenheit hatte der Fabrikleiter erklärt, eine andere als elfstündige Arbeitszeit ließe sich nicht durchführen. Demgegenüber stellt der amtliche Bericht ebenso trocken wie lehrreich fest: dieser Behauptung „muß entgegengehalten werden, daß die Fabrik fast jedes Jahr eine Zeitlang den Betrieb nur zehn Stunden dauern läßt, ohne daß Störungen für diesen entstehen. Durch die Einführung der wohl möglichen regelmäßigen täglichen zehnstündigen Arbeitszeit würde der Betrieb in der Fabrik ein mehr gleichmäßiger und geregelter werden und die Arbeiterinnen würden im Jahresdurchschnitt nicht viel weniger verdienen. Auch gibt die Fabrik derartig gute Dividenden, daß eine Lohnerhöhung der ohnehin schlecht bezahlten Arbeiterinnen ebenfalls wohl möglich wäre. Aber auch in sanitärer Beziehung muß hier die zehnstündige Arbeitszeit befürwortet werden. . . .“

Dies Beispiel ist typisch. Die Arbeiterpresse berichtet täglich von unzähligen Fällen, in denen von den Arbeitsbedingungen das gleiche gilt. Aber ihre Berichte werden als übertrieben, gefärbt, gefälscht usw. erklärt, obwohl sie stets die simpelsten und leicht nachzuprüfenden Tatsachen enthalten. Die nun vorliegenden amtlichen Ergebnisse können, sofern sie wahr und vorurteilslos berichten, die vorhandenen Tatsachen nicht auf den Kopf stellen. Ihre Wirkung ist um so größer, je weniger die Berichte einfache Feststellungen noch mit Beweisführungen begleiten. Die Beweisführungen in den Berichten wirken eigentlich doch am meisten für uns, wo sie gegen uns, wenn auch auffallend vereinzelt, vorgebracht werden. Mit diesen wenigen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit vorgebrachten „Gründen“ soll sich ein Schlusssatz kritisch beschäftigen.

M. Gr.

### Frauenarbeit im Gartenbau.

Unter obiger Überschrift erschien bereits im Jahre 1899 in Nr. 10 der „Gleichheit“ ein umfangreicher Artikel, der sehr zutreffend die Lage der im Gartenbau beschäftigten Arbeiterinnen schilderte. Seit dieser Zeit hat die Beschäftigung von Arbeiterinnen immer mehr zugenommen, von einem Steigen der Löhne dagegen hat man nichts gehört. Ja, die Hauptursache der zunehmenden Beschäftigung von Arbeiterinnen ist gerade in den niedrigen Löhnen, die ihnen gezahlt werden, zu suchen. Wie erbärmlich die gelernten Gärtner und Gartenarbeiter entlohnt werden, ist allgemein bekannt, und doch suchen die Gärtnereibesitzer diese für Hungerlöhne schaffenden Arbeiter durch die noch billigere Arbeitskraft der Frauen zu ersetzen! Aber nicht nur Privatunternehmer, nein, auch staatliche und kommunale Betriebe haben es längst herausgefunden, daß die Ausbeutung der Arbeiterinnen noch einträglicher ist, wie die der Arbeiter. So berichtete seinerzeit „Die Gewerkschaft“, Organ der Gemeindebetriebsarbeiter, daß die Stadtgärtnerei in Dresden aus „Sparfamkeitsrücksichten“ nicht nur umfangreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen hat, sondern auch immer mehr die so kärglich entlohten Parkarbeiter durch Frauen zu ersetzen sucht. Schreiber dieses, der im Frühjahr 1902 auf einer Agitationstour auch Dresden besuchte, war geradezu erstaunt über die große Anzahl weiblicher Arbeitskräfte,

die in den städtischen Anlagen, den königlichen Gärten usw. beschäftigt ist. Die Frauen verrichten hier so ziemlich alle Arbeiten, die in anderen Städten nur von gelehrten Gärtnern oder seit lange eingearbeiteten Männern ausgeführt werden. Weit davon entfernt, behaupten zu wollen, daß die Frauen von derlei Arbeiten nichts verstanden, kann man sich doch der Ansicht nicht verschließen, daß in der fortwährend zunehmenden Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte zu den niedrigsten Löhnen eine ernste Gefahr für die nur schwach organisierten Gärtner und Gartenarbeiter bei Lohnbewegungen liegt.

Von den zahlreichen Arbeiterinnen im Gartenbau gehört zurzeit noch nicht eine einzige der gewerkschaftlichen Organisation an, und die Möglichkeit liegt nur zu nahe, daß die Arbeitgeber bei zukünftigen Lohnkämpfen versuchen werden, die Frauen als Ersatz für die fordernden und ausständigen männlichen Arbeiter auszuspielen. Es war daher ein Gebot der Notwendigkeit, daß die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gärtnerorganisation, die Deutsche Gärtnervereinigung, auf ihrer am 2. und 3. November letzten Jahres in Hamburg abgehaltenen Generalversammlung beschloß, der Agitation unter den Arbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit wie bisher zu schenken. Denn wenn die im Gartenbau tätige Frau veranlaßt wird, einen ihrer Arbeitsleistung entsprechenden Lohn und eine kürzere Arbeitszeit zu beanspruchen, wird sie der männliche Arbeiter nicht mehr als Schmutzkonkurrentin zu fürchten brauchen. Der Beitritt zur Organisation soll den Frauen soviel wie möglich erleichtert werden. Das Eintrittsgeld ist daher für sie auf 25 Pfennig und der Wochenbeitrag auf 10 Pfennig herabgesetzt. Dafür erhalten die weiblichen Mitglieder die Zeitung gratis, ferner Unterstützung bei Lohnkämpfen sowie in dringenden Notfällen und Rechtsschutz in gewerblichen Streitfällen. Selbstverständlich können die Leistungen der Organisation noch erhöht werden, wenn die im Gartenbau tätigen Frauen sich ihr recht zahlreich anschließen. Da nun bekanntlich der beste Agitator unter den Frauen die Frau selbst ist, wendet sich der Vorstand an die bereits gewerkschaftlich oder politisch organisierten Arbeiterinnen mit der Bitte, die im Gartenbau beschäftigten Frauen auf unsere Organisation aufmerksam zu machen und sie zum Eintritt in dieselbe zu veranlassen.

Die Gärtnerei ist bekanntlich eines der wenigen Gewerbe, in denen sich in günstiger Zeit eine Lohnbewegung am schnellsten durchführen läßt. Eine allgemeine Arbeitseinstellung, selbst wenn sie nur wenige Tage dauert, kann für ein mittelgroßes Geschäft, welches mit fremden Leuten arbeiten muß, einen kolossalen Schaden bedeuten. Speziell Topfpflanzenkulturen würden ohne Wartung bereits in zwei bis drei Tagen zugrunde gerichtet. Behalten dagegen die Gärtnerei-

besitzer auch nur einige Arbeitskräfte in Gestalt von Frauen, die im Gartenbau erfahren sind, so läßt sich mit diesen der Betrieb notdürftig aufrecht erhalten und die Unternehmer können den Forderungen entsprechend länger Trotz bieten. Daß die Arbeitgeber darauf ausgehen, die Frauen als Arbeitswillige zu gebrauchen, dafür liegen bereits Beweise vor. So bot zum Beispiel die Stockholmer Stadtgärtnerei bei dem leztjährigen Generalstreik der schwedischen Arbeiter zur Erlämpfung des allgemeinen Wahlrechtes den Frauen doppelten Tagelohn, damit sie in Arbeit bleiben sollten. Andererseits aber fehlt es auch nicht an Tatsachen, die zeigen, daß die Frauen auch im Gartenbau durch einmütiges Vorgehen sehr wohl imstande sind, sich günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Bei dem vorjährigen Streik der Spargelstecherinnen in Uetersen (Holstein) mußte der Plantagenbesitzer bereits nach eintägigem Ausstand die Forderung der Frauen bewilligen, da Ersatzkräfte absolut nicht zu haben waren.

Freilich, solange die übergroße Mehrheit der im Gartenbau tätigen männlichen Arbeitskräfte der Organisation interesselos gegenübersteht, dürfte es besonders schwer halten, die Arbeiterinnen für den notwendigen gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu gewinnen. Der Anfang der Arbeit dazu muß aber trotz allem gemacht werden, und das je früher desto besser. Das Los der im Gartenbau beschäftigten Frauen ist sicherlich kein beneidenswertes und fordert dringend eine Besserung.

Hamburg.

F. Reitt.

## Aus der Bewegung.

**Anträge von Genossinnen zum Parteitag.** Die Leipziger Genossinnen brachten einen Zusatzantrag zu dem Antrag der Genossinnen ein, den weiteren Ausbau des gesetzlichen Arbeitersinnenschutzes betreffend. Er lautet: „Die Reichstagsfraktion möge mit derselben Energie eintreten: 1. für das vollständige Verbot jeglicher Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren und 2. für eine Verkürzung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen nach Maßgabe der Forderungen der Münchener Frauenkonferenz.“ Dieser Zusatzantrag wurde wie der Hauptantrag der Genossinnen der Reichstagsfraktion zur Erwägung überwiesen.

**Die weiblichen Delegierten zum Dresdener Parteitag** haben aufs neue bestätigt, daß die Frau als gleichberechtigte und geschulte Mitkämpferin im Lager der Sozialdemokratie steht. Sie wurden zu Vertrauensaufgaben herangezogen und beteiligten sich rege an den Verhandlungen. Genossin Baader gehörte als Schriftführerin dem Bureau des Parteitags an; Genossin Zieg ward in die Man-

## Mumu, das Hündchen des Taubstummen.

Erzählung von J. S. Turgenjew.

Aus dem Russischen überseht von T. A. Hauff.

(Fortsetzung.)

Als am anderen Morgen Gerassim aus seiner Kammer trat, war keine besondere Veränderung an ihm zu bemerken. Er war nur noch finsterner und beachtete Tatjana und Klimow nicht im geringsten mehr. An demselben Abend kamen sie beide mit Gänsen unter dem Arme zur Herrin und nach einer Woche wurden sie verheiratet.

Am Tage der Hochzeit änderte Gerassim sein Verhalten nicht im geringsten. Aber er kam ohne Wasser vom Fluß zurück: unterwegs hatte er sein Faß zerschlagen. Am Abend pußte und rieb er sein Pferd im Pferdestall so heftig, daß es schwankte wie ein Gräschen im Winde und sich unter seinen eisernen Fäusten immer von einem Fuße auf den anderen stellte.

Das alles ereignete sich im Frühjahr. Noch ein Jahr verging, währenddessen Klimow durch den Trunk vollends ganz und gar herunterkam und mit einem Wagenzug als ganz untauglicher Mensch samt seiner Frau auf ein entferntes Gut abgesandt wurde.

Am Tage der Abfahrt behauptete er zuerst prahlerisch, er werde nicht zugrunde gehen, wohin man ihn auch senden möge. Dann aber wurde er kleinmütig, klagte, daß man ihn zu ungebildeten Leuten sende und wurde zuletzt so schwach, daß er seine eigene Mühe nicht aufzusetzen vermochte. Eine mitteilidige Seele zog sie ihm über den Kopf, schob den Schirm zurecht und klopfte oben darauf.

Als alles bereit war und die Bauern mit den Jügeln in den Händen nur noch den Befehl zur Abfahrt: „Mit Gott!“ erwarteten, kam Gerassim aus seiner Kammer, trat auf Tatjana zu und reichte ihr zum Andenken ein rotes baumwollenes Tuch, das er vor einem Jahre für sie gekauft hatte. Tatjana, welche

bis zu diesem Augenblick alle Wandlungen ihres Schicksals mit großem Gleichmut ertragen hatte, konnte sich jetzt nicht mehr halten, brach in Tränen aus, setzte sich auf den Wagen und küßte Gerassim dreimal. Er wollte sie bis zum Schlagbaum begleiten und ging zuerst neben ihrem Wagen her, halbwegs aber hielt er an, winkte mit der Hand und ging längs des Flusses hin.

Es war Abend. Er schritt langsam dahin und blickte ins Wasser. Plötzlich glaubte er zu bemerken, daß etwas im Schlamm am Ufer heftig zappelte. Er bückte sich und erblickte ein kleines weißes Hündchen mit schwarzen Flecken, welches trotz aller Anstrengungen nicht aus dem Wasser kommen konnte, sich abmühte und an seinem ganzen feuchten und hageren Körper zitterte. Gerassim betrachtete das unglückliche Hündchen, ergriff es mit einer Hand, steckte es in seine Brusttasche und eilte mit großen Schritten nach Hause. Er ging in seine Kammer, legte das gerettete Hündchen auf sein Bett, bedeckte es mit seinem schweren Kittel, lief zuerst in den Stall nach Stroh und holte darauf in der Küche eine Tasse Milch. Vorsichtig schob er den Kittel zurück, breitete das Stroh aus und stellte die Tasse auf das Bett. Das arme Hündchen war kaum drei Wochen alt, seine Augen hatten sich erst vor kurzem geöffnet, das eine schien sogar etwas größer zu sein als das andere. Es verstand noch nicht, aus der Tasse zu trinken, zitterte nur und blinzelte. Gerassim faßte es leicht mit zwei Fingern am Kopfe und tauchte seine Schnauze in die Milch. Nun begann das Tierchen gierig zu trinken, schnaubte, schüttelte sich und verschluckte sich. Gerassim sah zu und lachte. . . Die ganze Nacht war er mit dem Hündchen beschäftigt, machte ihm ein Lager, trocknete es und verfiel endlich neben demselben in einen glücklichen ruhigen Schlaf.

Keine Mutter kann besser ihr Kind hätscheln, als Gerassim sein Hündchen. Anfangs war es sehr schwach und sah verhungert,

datprüfungs-kommission gewählt, welche zugleich als Beschwerde-kommission funktionieren sollte. Zu dem Bericht der Mandat-prüfungskommission ergriff Genossin Ihrer das Wort. Gegen das Mandat der Genossin Jung-Niederbarnim war seitens der Genossen des Kreises ein Protest eingelaufen, der die Prüfungskommission indes nicht veranlassen konnte, dieses Mandat für ungültig zu erklären, da es den Vorschriften des Organisationsstatuts entsprach. Genossin Ihrer wendete sich gegen die Ausführungen, durch welche Genosse Freywald den erhobenen Einspruch begründete, zugleich aber auch betonte, daß er dem Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung des Mandats zustimme. Sie verteidigte energisch das Recht der Genossinnen, die ihnen vom Statut der Partei zuerkannte Befugnis auszunutzen, in öffentlichen Frauenversammlungen eigene Delegierte zu wählen. Aus der Debatte ergab sich klar, daß den Genossinnen ein eigenbrödlisches Vorgehen ebenso fern lag, als den Genossen die Absicht, die Frauen von der Delegierung zum Parteitag auszuschließen. Die mangelnde rechtzeitige Verständigung hatte den Zwischenfall veranlaßt. An den Debatten über die Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse beteiligte sich Genossin Zetkin. Sie vertrat die Auffassung, daß der Charakter der „Zukunft“ die Mitarbeit von Sozialdemokraten an dieser Zeitschrift völlig ausschließt. Des weiteren bekämpfte sie die Behauptung, daß die Mitarbeiterschaft von Genossen an bürgerlichen Organen überhaupt im Interesse der Partei liege und von propagandistischem Werte für sie sei. Die Tatsachen des Klassegegensatzes und des Klassenkampfes sprechen gegen diese Behauptung und weisen den schriftstellerisch tätigen Genossen als Arbeitsfeld nicht die bürgerliche Presse zu, vielmehr die Presse des politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Genossin Luxemburg sprach zu der „Polenfrage“. Sie rechtfertigte die Haltung des Parteivorstandes in Sachen der angestrebten Einigung zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der Sonderorganisation der polnischen Sozialisten und verurteilte scharf das Vorgehen der letzteren. Der Antrag der Genossinnen zum Arbeiterinnenschutz, den Zusatzantrag der Leipziger Genossinnen inbegriffen, wurde von den Genossinnen Baader und Ihrer eindringlich befürwortet. Genossin Baader hob hervor, daß der Antrag keine neuen Forderungen erhebe, und daß die meisten der verlangten Reformen bereits im Reichstag beantragt und wiederholt verteidigt worden seien. Ein Vorwärts auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes lasse jedoch noch auf sich warten. Die durch die letzten Reichstagswahlen geschaffene Situation müsse für einen neuerlichen Vorstoß zugunsten vermehrten gesetzlichen Schutzes für die lohnarbeitenden Frauen ausgenutzt werden. Ein Erfolg sei um so

eher zu hoffen, als die bürgerlichen Parteien mehr als je den Verlust der Arbeiterstimmen fürchten und das Zentrum suchen muß, seine Brotwucherfünden durch etwas Arbeiterfreundlichkeit vergessen zu machen. Genossin Ihrer betonte, wie nötig es sei, durch das Vorgehen im Reichstag die Aufmerksamkeit der weitesten proletarischen Kreise auf die Bedeutung des Arbeiterinnenschutzes und die Berechtigung der erhobenen einzelnen Forderungen zu lenken. Hier und da fehle es noch an dem rechten Verständnis dafür. Genossin Ihrer wies darauf die Bedenken einzelner Genossen gegen das absolute Verbot der Nachtarbeit der Frauen zurück und zeigte die Bedeutung des Wahlrechts der Arbeiterinnen zu den Gewerbege-richten, sowie die Dringlichkeit der Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes auf die Heimarbeit und des Verbots der Erwerbsarbeit der Kinder. Genossin Kähler sprach zu dem Antrag des Wahlkreises Frankfurt-Lebus, die sozialdemokratische Fraktion möge im Reichstag die Ausdehnung des geltenden Wahlrechts auf die Frauen beantragen. Sie führte aus, daß die Sozialdemokratie ihrem Programm gemäß selbstverständlich rückhaltlos für das Frauenstimmrecht eintreten müsse. Doch sei die diesbezügliche Forderung, wie die Dinge in Deutschland liegen, nicht isoliert zu erheben, vielmehr zusammen mit all den übrigen Reformen, die wir zum Zwecke der wahrhaft demokratischen Ausgestaltung des Wahlrechts fordern. Ähnliche Gedankengänge stellte Genossin Zetkin dem Antrag des genannten Wahlkreises entgegen, die Eroberung des Frauenwahlrechts als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Kongresses zu setzen. Die Resolution der Genossinnen zur Frage des Frauenstimmrechtes, welche die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes im Zusammenhange mit dem allgemeinen Kampfe des Proletariats für die Demokratisierung des Wahlrechts fordert, begründete sie mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Situation. Zugleich beantragte sie eine verbesserte Fassung der Resolution. Wir berichten darüber an anderer Stelle. In den Debatten zur hochbedeutungsvollen Frage der Taktik waren die Genossinnen David, Luxemburg, Zieg und Zetkin zum Wort gemeldet, wurden aber, wie sehr viele männliche Delegierten noch, durch den Schluß der Erörterung vom Reden verhindert. Als Mitglied der Kontrollkommission wurden die Genossinnen Zetkin und Ihrer vorgeschlagen. Erstere wurde mit 215 von 286 Stimmen gewählt, letztere erhielt 43 Stimmen.

**Berichterstattung der Berliner Genossinnen über die Brandenburger Provinzialkonferenz und den Dresdener Parteitag, sowie Neuwahl ihrer Vertrauenspersonen.** Aus dem Tätigkeitsbericht der Vertrauenspersonen, der zuerst erstattet wurde, sei das Folgende hervorgehoben. Genossin Bauschke ver-

nichts weniger als hübsch aus, bald aber erholte es sich und wuchs nach acht Monaten unter der beständigen Pflege seines Reiters zu einer sehr hübschen Hündin spanischer Rasse heran mit langen Ohren, buschigem, trompetenförmigem Schweiß und großen, ausdrucksvollen Augen. Sie war Gerasim leidenschaftlich anhänglich und wich keinen Schritt von ihm, sondern folgte ihm immer mit dem Schweiß webelnd nach. Er gab ihr auch einen Namen — die Stummen wissen, daß ihre Laute die Aufmerksamkeit anderer auf sie lenken — er nannte sie Mumu. Alle Leute im Hause hätschelten sie und nannten sie auch Mumu. Sie war außerordentlich klug, befreundete sich mit allen, liebte aber nur Gerasim. Er liebte sie sinnlos und es war ihm unangenehm, wenn andere sie streichelten; ob er etwas für sie befürchtete, oder ob er eifersüchtig war, kann niemand sagen.

Mumu weckte ihn morgens, indem sie ihn am Nackflügel zog, führte ihm am Zügel die Wasserfuhre zu und lebte in großer Freundschaft mit dem alten Pferde. Mit wichtiger Miene begleitete sie Gerasim an den Fluß, bewachte seine Besen und Schaufeln und ließ niemand in seine Kammer. Er hatte für sie eine Öffnung in die Türe geschnitten, und sie schien zu fühlen, daß sie nur in Gerasims Kammer volle Herrin sei, denn wenn sie in diese eintrat, sprang sie sogleich mit zufriedener Miene auf das Bett.

Nachts schlief sie nur halb, bellte aber nicht ohne Ursache, wie mancher dumme Hofhund, der, auf den Hinterpfoten sitzend, mit erhobener Schnauze und blinzeln aus reiner Langeweile bellt, etwa nach den Sternen und gewöhnlich dreimal nacheinander. — Nein! Die feine Stimme Mumus erklang niemals unnötigerweise, entweder hatte sich ein Fremder dem Zaun genähert, oder ein verdächtiges Geräusch war hörbar geworden. Kurz, Mumu hielt vortrefflich Wacht. Zwar war außer ihr noch ein alter, gelber Hofhund mit braunen Flecken auf dem Hofe, Namens Bolt-

schoch, aber dieser wurde niemals, auch nachts nicht von der Kette gelassen. Wegen seiner Hinfälligkeit verlangte er auch nicht nach Freiheit, lag immer zusammengerollt in seiner Hütte und ließ nur selten ein heiseres, fast klangloses Bellen hören, das er aber sogleich wieder einstellte, als ob er die Nutzlosigkeit desselben begriffen hätte.

Zu das Herrenhaus kam Mumu nicht, und wenn Gerasim Holz in die Zimmer trug, blieb sie immer zurück und erwartete ihn ungeduldig an der Vortreppe, spitzte die Ohren und wandte den Kopf bald rechts, bald links, sobald sie eine Türe im Hause gehen hörte.

So verging noch ein Jahr. Gerasim versah sein Amt als Portier wie bisher und war sehr zufrieden mit seinem Schicksal, als ein unerwartetes Ereignis eintrat. An einem schönen Sommertag ging die Herrin mit einigen Freundinnen, die das Gnadenbrot bei ihr erhielten, im Saal auf und ab. Sie war guter Laune, lachte und scherzte. Auch ihre Gesellschafterinnen lachten und scherzten, doch ohne besonderes Vergnügen dabei zu empfinden.

Man liebte es im Hause nicht sehr, wenn die Herrin eine heitere Stunde hatte, denn dann verlangte sie von allen sofortige Anteilnahme und ärgerte sich, wenn eins der Gesichter nicht in Entzücken strahlte. Außerdem dauerte ein solches Auflodern von Heiterkeit nicht lange und gewöhnlich folgte darauf eine mürrische, saure Stimmung.

An diesem Tage war sie vergnügt aufgestanden, in den Skarten waren ihr vier Valet erschienen, das bedeutete Erfüllung ihrer Wünsche, und der Tee schmeckte ihr ganz besonders, wofür die Zofe eine Belobung und einen Griwenik (10 Kopfen) erhielt. Mit einem süßen Lächeln trat die Herrin ans Fenster. Vor dem Fenster war der Zaun beschädigt und mitten in einem Blumenbeet unter einem Rosenstrauch lag Mumu und nagte eifrig an einem Knochen. Die Herrin sah sie.

einnahmte 541,45 Mark und verausgabte 488,45 Mark; Genossin Wengels vereinnahmte 704,82 Mark und verausgabte 701,14 Mark. Beide Vertrauenspersonen veranstalteten eine Reihe öffentlicher Agitationsversammlungen und widmeten während der Wahlzeit ihre Haupttätigkeit dem sozialdemokratischen Frauenwahlverein. Er zählte 988 Mitglieder, Einnahme und Ausgabe betrug je 588,78 Mark; 300 Mark wurden dem Parteivorstand, zirka 50 Mark den Vertrauenspersonen überwiesen. Die Revisorinnen erklärten, daß Nachweise, Kasse usw. in bester Ordnung seien, und beantragten Decharge, die erteilt ward. Als Vertrauenspersonen wurden die Genossinnen Bauschke, Wulff, Wengels und Lutz gewählt. Über die Brandenburger Provinzialkonferenz referierte Genossin Baar. In ihrem übersichtlichen Überblick über die Arbeiten und Beschlüsse der Tagung hob sie die behördliche Verweisung der weiblichen Delegierten ins „Segment“ scharf hervor. Aus der praktizierten Rechtlosmachung der Frauen, so schloß sie unter Beifall, werde der Kampf für das gleiche Recht aller Menschen neue Nahrung ziehen. Die Genossinnen Baader und Jhrer berichteten über den Dresdener Parteitag. Genossin Baader behandelte insbesondere die Debatten und Beschlüsse in der Frage der Mitarbeit von Genossen an der bürgerlichen Presse und zur Frage der Taktik. Sie würdigte klar und eindringend die große sachliche Bedeutung derselben, die über manchem unerquicklichen persönlichen Moment nicht vergessen werden dürfe. Sie faßte ihr Urteil dahin zusammen, daß der Parteitag gewirkt habe wie ein reinigendes Gewitter. Es sei eine nicht hoch genug anzuschlagende praktische Arbeit, daß er Klarheit darüber geschaffen, daß die Partei an ihrer bewährten Taktik des Klassenkampfes festhält. Ihre Ausführungen wurden mit Äußerungen der Zustimmung und am Schluß mit Beifall aufgenommen. Genossin Jhrer berichtete über die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitags, die Anträge der Genossinnen zum Arbeiterinnenschutz und zum Frauenstimmrecht betreffend. Sie gab des weiteren einen Überblick über die Beratungen der Konferenz, welche sich mit den preußischen Landtagswahlen beschäftigte. Ihre beifällig aufgenommenen Ausführungen klangen in der Aufforderung aus, die Frauen möchten in dem bevorstehenden Wahlkampf zum preußischen Landtag ihre volle Schuldigkeit tun. In der Diskussion betonte die Genossin Heydemann, daß die Beschlüsse des Parteitags zur Taktik und zur Pressefrage durchaus gerechtfertigt und begrüßenswert seien. Der Klassenkampfcharakter der Partei dürfe nicht verwischt werden. Ähnlich äußerte sich Frau Gubela. Die Genossinnen Wengels und Lutz verurteilten scharf die Art der Reklame, durch welche Inserenten für die Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ gewonnen werden sollten, die

„Mein Gott“, rief sie, „was ist das für ein Hund?“

Die Freundin, an welche sich die Herrin gewendet hatte, blickte sich ratlos um, mit jener peinlichen Unruhe, welche gewöhnlich eine untergeordnete Person befällt, bevor sie weiß, wie sie einen Ausruf der Höherstehenden auffassen soll.

„Ich weiß nicht“, stammelte sie, „ich glaube, er gehört dem Stummen.“

„Mein Gott“, rief die Herrin wieder, „das ist ja ein niedliches Hündchen! Man soll es hereinführen. Hat er es schon lange? Wie kommt es, daß ich es noch nicht gesehen habe? Lassen Sie es hereinführen.“

Sogleich stürzte die Gesellschafterin in das Vorzimmer hinaus.

„Stepan!“ rief sie, „führen Sie sogleich Mumu herein. Sie ist im Vorgärtchen.“

„Ach, Mumu heißt sie?“ sagte die Herrin. „Ein sehr schöner Name!“

„Ja, sehr!“ erwiderte die Gesellschafterin. „Schnell, Stepan!“

Stepan, der Diener, stürzte hinaus in den Vorgarten und wollte Mumu ergreifen. Aber diese entschlüpfte ihm gewandt und eilte mit erhobnem Schweif zu Gerasim, welcher in der Küche am Wasserfaß hämmerte und es in den Händen drehte wie eine Rindertrommel. Stepan folgte ihr nach und wollte sie vor den Füßen ihres Herrn fangen. Aber das gewandte Hündchen sprang und drehte sich und ließ sich nicht erwischen. Gerasim sah mit spöttischem Lachen zu. Endlich erhob sich Stepan ärgerlich und machte dem Taubstummen durch Zeichen begreiflich, die Herrin habe befohlen, ihr das Hündchen zu bringen. Gerasim wunderte sich, dann aber rief er Mumu, hob sie vom Boden auf, und gab sie Stepan.

(Fortsetzung folgt.)

Genosse Dr. Heinrich Braun herauszugeben beabsichtige. Buchhändler Eichenberg, der sich als Angestellter Heinrich Brauns vorstellte, suchte diese Reklame zu rechtfertigen. Ihm trat Genosse Stadthagen entgegen, welcher das vorliegende Zirkular der schärfsten Kritik unterzog und mit seinen Ausführungen die lebhafteste Zustimmung der Versammelten fand. Genosse Daja meinte, der Parteitag wie die Versammlung der Genossinnen habe Feindseligkeit gegen die Akademiker und gegen einzelne Persönlichkeiten bekundet. Seine Auffassung wies Genossin Zetkin als irrig nach. Einstimmig nahm die sehr gut besuchte Versammlung darauf folgende Resolution an: „Die Versammelten erklären sich mit den Beschlüssen des Parteitags einverstanden. Sie bedauern es im Parteinteresse, daß es erst einer zweieinhalb-tägigen Debatte bedurfte, um den Beschwerdeführern Braun, Göhre, Heine, Borchardt, Berthold und Genossen klarzumachen, daß die Mitarbeiterschaft an bürgerlichen Blättern, welche gehässige oder hämische Angriffe gegen die Partei enthalten, eines Genossen unwürdig ist. Nachdem der Parteitag mit ungeheurer Mehrheit die Ansicht des Parteivorstandes gebilligt hat, hoffen die Versammelten, daß die Parteigenossen den Parteitagbeschlüssen in allen Orten zur Durchführung bringen und gegen die Zuwiderhandelnden im Sinne des Beschlusses vorgehen. Die Versammlung verurteilt, daß auf dem Parteitag, ohne vorherige Verständigung der Organisationen, alte Vorkommnisse gegen den Genossen Mehring vorgebracht worden sind, und das nicht, um der Partei zu dienen, sondern um sich zu rächen, weil Genosse Mehring die die Partei schädigende Mitarbeit von Genossen an der „Zukunft“ kritisiert hat. Die Versammlung hofft, daß die zuständigen Instanzen diesen Versuch, die freie Meinungsäußerung durch persönliche Verdächtigungen zu beeinträchtigen, zurückweisen und ferner untersuchen, ob diesem Vorgehen auch geschäftliche Motive zugrunde liegen. Es hoffen die Versammelten, daß die Beschlüsse des Parteitags dazu führen, daß die sogenannten Revisoren ihr Verhalten diesen Beschlüssen entsprechend einrichten.“

**Die Gründung eines sozialdemokratischen Frauenwahlvereins für Berlin und Umgegend zur Vertreibung der preussischen Landtagswahlen** ist von den Genossinnen in der Versammlung vollzogen worden, über die wir oben berichteten. Als Statut wurden die Satzungen des Wahlvereins angenommen, der gelegentlich der Reichstagswahlen ins Leben gerufen ward. Natürlich wurde in dem Statut das Wort Reichstagswahlen durch Landtagswahlen ersetzt. Als Vorstand wurden die neugewählten Vertrauenspersonen der Genossinnen eingesetzt. Nun gilt es seitens der klaffenbewußten Proletarierinnen von Berlin und Umgegend alle Kräfte anzuspannen, damit die neue Organisation eine ebenso rege und erspriessliche Tätigkeit zu entfalten vermag, wie der Frauenwahlverein zu den Reichstagswahlen. Für die Rechte und Interessen aller Hand- und Kopfarbeiter, für die Rechte und Interessen des weiblichen Geschlechtes, gegen das Dreiklassenwahlrecht, ist seine Lösung.

**Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Oberursel i. T. und Umgegend.** Die Bemühungen, die proletarischen Frauen aufzuklären und zum Verständnis ihrer Pflichten in politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse zu erziehen, haben in unserer Taunusgegend große Schwierigkeiten zu überwinden. Das spießbürgerliche Vorurteil, daß öffentliche Angelegenheiten, daß die gemeinsamen Interessen der Berufsgenossen den Frauen nichts angingen, wurzelt noch recht fest in den Köpfen von Männern und Frauen. Langsam nur wird ihm durch die Macht der Verhältnisse die Nahrung, der Boden entzogen. Langsam, aber sicher, denn auch bei uns werden immer mehr Mädchen und Frauen gezwungen, außerhalb der Familie durch Lohnarbeit ihr Brot suchen zu müssen, und dieses Brot ist meist schmal und trocken. Dieser Lage der Dinge gemäß steckt bei uns die proletarische Frauenbewegung noch in den Anfängen, aber sie wird sich bei treuer Arbeit nach und nach gesund entwickeln. Hervorgehoben muß werden, daß die Aufklärungsarbeit unter den Frauen des werktätigen Volkes offenbar von den Behörden nicht mit freundlichem Auge betrachtet wird. Diesen mußte erst beigebracht werden, daß sogar das preussische Vereinsrecht dem weiblichen Geschlecht die Teilnahme an öffentlichen politischen Versammlungen gestattet. Eine solche Versammlung wurde wegen Anwesenheit von Frauen polizeilich aufgelöst. Die eingelegte Beschwerde dagegen hat allem Anschein nach ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Frauen können seither ungehindert öffentliche Versammlungen besuchen. Zum Zwecke der politischen und allgemeinen sozialen Aufklärung der Proletarierinnen fanden im letzten Jahre Versammlungen statt: in Oberursel vier, in Oberhöchstadt zwei und in Stierstadt eine. Die Genossinnen Zieh, Träger und Köhler und die Genossen Jährücker und Streb hielten die Vorträge, die mit großem Interesse und Beifall aufgenommen wurden. Erfreulichweise wohnten die Frauen in guter Zahl den Versammlungen bei und folgten mit lebhafter Aufmerksamkeit den Ausführungen der Rednerinnen und Redner. Selbst das Wort zu ergreifen hat jedoch noch keine der

Versammlungsbesucherinnen gewagt. Als ein Erfolg der entfaltenen Agitation darf es begrüßt werden, daß in Oberhöchstadt und in Stierstadt je eine weibliche Vertrauensperson aufgestellt worden ist. Die dringend notwendige gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen wurde zu fördern gesucht. Leider jedoch mit geringem Erfolg. Die Hauptursache daran liegt in dem andauernd schlechten Geschäftsgang, der bei uns, wo die Organisation noch jung und wenig befestigt ist, zu einem Rückgang der weiblichen und männlichen Gewerkschaftsmitglieder geführt hat. Der Fabrikarbeiterverband, die stärkste Organisation am Orte, verlor 84 von 100 Mitgliedern, 70 davon büßte er ein, weil die beiden größten Fabriken von Oberursel geschlossen wurden und viele der darin Beschäftigten abreisten. Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen ist von 32 auf 6 gesunken. Den Verlust wett zu machen und der gewerkschaftlichen Organisation weit mehr weibliche Mitglieder zuzuführen, als sie vor der Krise besaßen, muß eine der Hauptaufgaben der Genossinnen sein. Es steht zu hoffen, daß die eingeführten Sprechstunden der Vertrauensperson dazu beitragen, den Arbeiterinnen die Augen für die Notwendigkeit zu öffnen, sich mit ihren Berufsgenossen zusammen der Organisation anzuschließen. Diese Sprechstunden finden abends von 8 bis 10 und Sonntags von 1 bis 4 Uhr statt. In denselben gibt die Vertrauensperson Auskunft über die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen und nimmt Beschwerden über ungesunde Arbeitsbedingungen und andere Mißstände entgegen. Teils durch Veröffentlichung, teils durch Verhandlung mit den Unternehmern ist schon manchem schwer empfundenen Uebelstand abgeholfen worden. Die Arbeiterinnen kommen in der Folge immer mehr zu der Einsicht, daß sie ihre Klagen der so schwarz gemalten „sozialdemokratischen Frau“ vertrauensvoll mitteilen können und bei ihr Verständnis und Hilfsbereitschaft finden. Die selbstverständlich unentgeltliche Auskunftserteilung wird rege in Anspruch genommen und arbeitet der gewerkschaftlichen Agitation gut vor. Was unsere Arbeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet erschwert, soll uns nicht schrecken. Wir wollen fleißig und geduldig weiter in Dienste unseres Ideals tätig sein. Unsere Losung ist: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

M. J. Brücker, Oberursel i. T.

## Notizenteil.

### Der Behnustundenkampf der Textilarbeiter in Crimmitschau.

Aller Härten des Kampfes ungeachtet stehen die Crimmitschauer Textilarbeiter und Arbeiterinnen noch in unerschütterlicher Solidarität zu ihrer Forderung. Sie wissen, daß sie für eine gute, eine gerechte Sache kämpfen. Um ihr Ringen zu kompromittieren, ihm die Sympathie weiterer Kreise zu rauben, schleuderten die Herren Fabrikanten neuerdings die Verdächtigung in die Welt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen gern den Kampf einstellen möchten, aber von den „aufgehenden Führern in Berlin“ daran gehindert würden. Zum Zwecke der Widerlegung dieser Verdächtigung ließ die Leitung der Ausgesperrten eine geheime Abstimmung nach Berufskategorien stattfinden. Dieselbe ergab folgendes Resultat: 5596 Arbeiter und Arbeiterinnen stimmten für die Fortführung des Kampfes und nur 116 für die Wiederaufnahme der Arbeit. Etwa 1000 Personen nahmen an der Abstimmung nicht teil, weil sie entweder schon von Crimmitschau abgereist waren oder aber im Dienste der Bewegung zu tun hatten. Mit der bekannten Unparteilichkeit der Götter fuhren die städtischen Behörden fort, das Streikpostenstehen zu erschweren und zu bestrafen. Unter den Ausgesperrten und allen anständig denkenden Menschen erregte es besonders flammende Empörung, daß auf Grund der Straßenpolizeiverordnung eine 55jährige Frau verhaftet und bestraft wurde, welche in der Nähe einer Fabrik auf ihre Freundin wartete. Sie mußte diesen ihren Frevel mit einem Tage Haft büßen. Ebenso lehrreich wie die Tatsache an und für sich sind die Ausführungen, durch welche der Herr Amtsanwalt die Schuld der Frau nachwies. Er erklärte: Eine Hausfrau, welche sich von 9 Uhr bis in die zehnte Stunde auf der Straße herumtreibe, könne keine ordentliche Hausfrau sein. Die Frau gehöre nicht auf die Straße, sondern ins Haus. Die Arbeiterinnen werden sich diese Äußerung hinter die Ohren schreiben. Sie erwarten, daß der Herr Amtsanwalt als konsequenter Mann mit ihnen zusammen dafür eintreten wird, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde täglich sie wenigstens für diese „Sklavenraus“ dem Hause, der Familie zurückgibt. Die Herren Textilbarone dürften dagegen wohl saure Gesichter ob einer Auffassung schneiden, deren Überführung in die Praxis zur Folge hätte, sie der billigen weiblichen „Hände“ zu berauben und die Männer so anständig entlohnen zu müssen, daß sie allein für den Unterhalt der Familie aufkommen können.

Die Ausgesperrten haben seither bereits die Form des Streikpostenstehens den behördlichen Rügen und Tadeln angepaßt. Sie mieten Fenster in Wohnungen, welche in der Nachbarschaft der Betriebe liegen, und beobachten von da aus, was daselbst vorgeht. Eine Wohnungspolizeivorschrift, welche das „Streikpostenstehen“ verbietet, hat die biedere behördliche Weisheit bis dato noch nicht aufgestöbert. So bleiben die Posten unbehelligt und können obendrein ihres Amtes in aller Gemütslichkeit walten. Obgleich den Crimmitschauer Fabrikanten das Feuer der Marktlage auf den Nägeln brennt — die Saison verstreicht und die Muster für die neue sollten baldigst hinaus — wollen sie doch bis zur Stunde von einer Verständigung nichts wissen. Ihr Sinnen und Trachten ist, die kämpfende Arbeiterin in einer Nachprobe zur bedingungslosen Unterwerfung zu zwingen und ihre Organisation zu zerschmettern. Je länger die Aussperrung dauert, und je öfter in ihrem Verlaufe die Arbeiter und Arbeiterinnen ihren ernstlichen Willen zum Entgegenkommen bewiesen haben, um so klarer tritt die verwerfliche Absicht der Textilbarone zutage. Aber ebenso fest wie ihre prozige Steifnacktheit ist bis jetzt der Mut, die Entschlossenheit der Ausgesperrten. Das kam in den sechs großen, außerordentlich gut besuchten Versammlungen zum Ausdruck, in denen Ende September die Genossen Eichhorn, Förster, Göhre, Grenz, Stücklen und Genossin Zetkin referierten. In der lebhaftesten Debatte ward unter Hinweis auf die Verächtlichmachung, den kulturellen Wert der erhobenen Forderung zum treulichsten Ausharren aufgefordert. Eine entsprechende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Es liegt auf der Hand, daß der langdauernde Kampf manche bittere Sorge, manche harte Entbehrung in das dürftige Heim der Crimmitschauer Textilarbeiterin hineinträgt. Aber diese ist an Sorgen und Entbehrungen gewöhnt. Was sie so oft ertragen muß, weil es der Profitsucht oder der Laune ihrer Herren beliebt, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern: will sie freiwillig weiter auf sich nehmen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen. Und so hat sich bis jetzt die Not als ohnmächtig erwiesen, Mut und Kampfesfreudigkeit zu ertöten. Den Männern gleich halten die Tausende von Frauen und Mädchen tapfer in der Bewegung aus. Wohl dringt mancher Mutter das Schwert des Schmerzes durch die Seele, den Speisegettel ihrer Kleinen noch länglicher gestalten zu müssen als gewöhnlich. Wohl seufzt mehr als eine ledige Arbeiterin bei dem Gedanken an die Miete, an die abgelaufenen Schutze usw. Aber trotz allem Schweren, was die Aussperrung über sie und die Ihrigen verhängt, weisen die Spinnerinnen und Weberinnen den Gedanken an eine bedingungslose Unterwerfung zurück. Unverzagt harren sie aus und stärken durch ihren Zuspruch, ihr Beispiel hier und da die Energie der Männer. Sie sind sich klar bewußt, daß die Forderung, um die gestritten wird, ganz besonders im Interesse der Arbeiterinnen liegt. Hoffentlich tritt zu der einen Vorbedingung eines erfolgreichen Ausgangs der Bewegung — der entschlossenen und musterhaft ruhigen Haltung der Ausgesperrten — eine andere Voraussetzung: die treue Solidarität der gesamten Arbeiterklasse. Überall wo in der Textilindustrie das Kapital fühllos, gewissenlos lebendige Frauen, Männer und junge Leute an die Maschine schmiedet und goldenen Mehrwert aus ihnen herauspreßt, da bekunden die Ausgebeuteten durch Versammlungen, Resolutionen, Geldbeiträge ihre Sympathie. Verschiedene Gewerkschaften haben zur Unterstützung der wackeren Kämpfer in ihre Kasse gegriffen. Der Parteitag zu Dresden sprach ihnen in einer Resolution seine Sympathie aus und eine privatim veranstaltete Sammlung unter den Delegierten ergab ein rundes Sümmchen. Der reiche, unerschöpfliche Schatz brüderlicher Solidarität im Proletariat, der auch die Ärmsten zu freudigen Gebern werden läßt, wird hoffentlich die Crimmitschauer Textilarbeiterin in den Stand setzen, durch einen erfolgreichen Abschluß ihrer Bewegung Früchte ihrer Entschlossenheit und Zielklarheit zu ernten.

### Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation.

Die Errungenschaften der letzten Tarifbewegung für die Buchbindereiarbeiterinnen. Die Buchbindereiarbeiterinnen haben bei dem nun endlich erfolgten Tarifabschluß, der am 7. September zwischen dem Prinzipal- und Hilfsverband in gemeinsamer Sitzung zustande kam, wieder eine kleine Lohnerhöhung erreicht. Die materiellen Errungenschaften sind diesmal für Arbeiter und Arbeiterinnen des Buchbindergewerbes zwar recht minimale. Zimmerhin dürfen sie nicht unterschätzt werden und sind befriedigend zu nennen, wenn man bedenkt, daß die Arbeiterinnen in diesem Gewerbe Arbeitsbedingungen und Löhne haben, die in vielen anderen Berufen für die weiblichen Arbeitskräfte leider noch nicht anzutreffen sind. Die Minimalstundenlöhne in den drei Buchhandelsstädten Leipzig, Berlin und Stuttgart, für die der Tarif einstweilen Gültigkeit

hat, beträgt bei neunstündiger Arbeitszeit für geübte Arbeiterinnen 22—25 Pfennig; für ungeübte 17—22 Pfennig; für Lehrmädchen im ersten halben Jahre 14—17 Pfennig; für Spezialarbeiterinnen aber 27—37 Pfennig. Die Löhne der Arbeiterinnen erfuhren eine Erhöhung von 1 und 2 Pfennig pro Stunde. Von größerer Bedeutung wie diese geringe materielle Verbesserung ist aber ein anderer Vorteil, den die diesjährige Tarifbewegung im Buchbindergewerbe gebracht hat. Neue Tarifinstitutionen sollen geschaffen werden, um die Durchführung des Tarifs zu erleichtern und dessen Ausbreitungsgebiet zu vergrößern. Dadurch würden auch die Buchbindereiarbeiterinnen anderer als der drei genannten Städte des Vorteils teilhaftig, geregelte tarifliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu haben. Es wird ein Tarifamt mit dem Sitz in Leipzig errichtet, das die höchste Instanz in Tarifangelegenheiten bildet. Ihm ist die Aufgabe zugewiesen, für die Ausbreitung des Tarifs zu sorgen, Vermittlungen zwischen den Kontrahenten zu pflegen, über die Einhaltung des Tarifs zu wachen, eventuell gemeinschaftliche Arbeitsnachweise zu errichten und bei Neueinführung von Maschinen und veränderten Arbeitsmethoden die Arbeitspreise festzusetzen usw. Zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Preisfestsetzungen sind örtliche Tariffchiedsgerichte zu bilden. Es sind mithin begrüßenswerte Verbesserungen im Buchbindertarif erreicht worden, die in ihrem letzten nicht unwesentlichen Teile auch gerade den Arbeiterinnen zugute kommen, weil diese nicht wenig auf Akkord arbeiten.

Derart tariflich geordneter Arbeitsverhältnisse, die für Arbeiterinnen in keinem zweiten Gewerbe anzutreffen sind, erfreuen sich die Buchbindereiarbeiterinnen aber nur deshalb, weil sie verhältnismäßig gut organisiert sind. Über zwanzig Prozent von ihnen gehörten 1902 laut Aufstellung der Jahresabrechnung der Generalkommission ihrer Berufsorganisation, dem Buchbinderverband, an. Der genannte Prozentsatz dürfte sich für 1903 noch bedeutend erhöhen, weil die diesjährige Bewegung dem Deutschen Buchbinderverband zahlreiche neue weibliche Mitglieder gebracht hat. Die Buchbindereiarbeiterinnen stehen aber nicht nur dem Prozentsatz ihrer Organisierten nach unter den gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeiterinnen musterhaftig da, sondern sie haben sich auch stets in schwierigen Zeiten, bei allen Lohnbewegungen, durchaus zuverlässig gezeigt. So wieder in diesem Jahre. Sind auch für gewöhnlich in den regelmäßigen Buchbinder-versammlungen nicht viel Mädchen und Frauen anwesend, so stellen sie doch in den großen entscheidenden Versammlungen einen beträchtlichen Teil der Besucher. Der Buchbinderverband weiß deshalb seine weiblichen Mitglieder zu schätzen, und die Buchbindereibesitzer fürchten sie. Möge die gute gewerkschaftliche Solidarität der Buchbindereiarbeiterinnen ein leuchtendes Beispiel für alle übrigen dem Verdienst nachgehenden Proletarierinnen sein, dann werden auch sie sich bessere Arbeitsverhältnisse erringen, wie es die im Buchbindergewerbe tätigen Frauen und Mädchen getan. g. sch.

Die erste Generalversammlung des Hirsch-Dunderschen Frauengewerksvereins wird laut Beschluß des Generalrats 1905 stattfinden. Dieselbe soll sich vor allem mit der Gründung einer Krankenkasse beschäftigen. Bis jetzt hat der Gewerksverein nur die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, doch hat sich herausgestellt, daß die weiblichen Mitglieder ein größeres Verlangen nach Krankengeldzuschuß haben. Der Generalrat hat die einzelnen Ortsvereine aufgefordert, sich mit der Frage der Einführung der Krankenversicherung zu beschäftigen und diesbezügliche Vorschläge und Anträge einzureichen.

### Frauenstimmrecht.

Die Frage des Frauenstimmrechtes auf dem sozialdemokratischen Parteitag. Die Resolution der deutschen Genossinnen, das Frauenstimmrecht betreffend, ist vom Dresdener Parteitag ohne jeden Widerspruch angenommen worden. Es sind mithin nun nicht die Genossinnen allein, es ist die gesamte deutsche Sozialdemokratie, welche vom nächsten internationalen Sozialistenkongress zu Amsterdam fordert, die längst festgelegte prinzipielle Stellungnahme des internationalen Proletariats zur Frage der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter aus der Theorie in die Praxis zu übersetzen. Selbstredend nicht in der Weise bürgerlicher Frauenrechtelei, für welche das Frauenstimmrecht die einzige große Forderung ist, deren Verwirklichung ohne Rücksicht auf die politische Lage des Proletariats um jeden Preis erkaufte werden soll, sogar um den einer undemokratischen, reaktionären Verkrüppelung des Rechtes zu ungunsten der proletarischen Frauen. Vielmehr derart, daß der politische Emanzipationskampf der Frau im innigsten Zusammenhang mit dem politischen Emanzipationskampfe des Proletariats bleibt. Das entspricht nicht nur unserer grundsätzlichen Auffassung, das ist wie jede prinzipiell richtige Stellungnahme von praktischem Werte. Indem wir das Frauenstimmrecht nicht als Einzelreform fordern, sondern zu-

sammen mit der demokratischen Ausgestaltung des Wahlrechtes überhaupt gewinnen wir eine breitere Grundlage für unseren Kampf um dasselbe, mobilisieren wir für ihn auch die Massen der proletarischen Männer. Aus diesen Erwägungen heraus lehnte es der Parteitag ab, der Forderung des Kreises Frankfurt-Lebus entsprechend zu beantragen, daß die Frage der Eroberung des Frauenwahlrechtes als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzt wird. Er hat sich damit gleichzeitig für das Zweckmäßigste entschieden. In der Tat: auch die Annahme des Antrags durch den Parteitag hätte noch keineswegs seine Annahme seitens des internationalen Bureaus oder gar des internationalen Kongresses selbst bedingt. Die beschlossene Resolution muß dagegen unter allen Umständen zur Abstimmung gestellt werden, das heißt aber auch zur Begründung. Die Erörterung der Frage, welche durch den Kampf des Proletariats gegen die Reaktion mehr und mehr in den Vordergrund geschoben wird, ist also gesichert. Die angenommene Resolution, welche von Genossin Zetkin begründet wurde, lautet: „Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Staat und Gemeinde führt, muß das Frauenwahlrecht in den gesetzgebenden Körperschaften beantragt, in der Agitation grundsätzlich festgehalten und mit allem Nachdruck vertreten werden.“

Das Kirchenwahlrecht der Frauen haben die Bischöfe von Limerick, Manchester und Derby kürzlich warm befürwortet.

### Frauenbewegung.

Die Vorstandskonferenz des Internationalen Frauenbundes hat vom 17. bis 20. August in Dresden stattgefunden. Fast sämtliche angeschlossenen Nationalverbände der Frauenrechtlerinnen nahmen durch ihre Vorsitzenden oder durch Delegierte an der Tagung teil, nur die frauenrechtlerischen Organisationen von Frankreich, Neu-Süd-Wales und Neu-Seeland waren nicht vertreten. Die Verhandlungen wurden deutsch und englisch geführt. Sie galten vor allem der Vorbereitung der nächsten Generalversammlung des Internationalen Frauenbundes und der Feststellung ihrer Tagesordnung. Ferner der Verständigung mit dem Bunde deutscher Frauenvereine über die Vorbereitung und das Programm des internationalen Frauenkongresses, der in Anschluß an die Generalversammlung vom Bunde einberufen werden soll. Die Generalversammlung, mit der die laufende fünfjährige Geschäftsperiode abschließt, soll am 9., 10. und 11. Juni in Berlin stattfinden, der Internationale Frauenkongress vom 12. bis mit 18. Juni. Die einzelnen Kommissionen erstatteten der Konferenz ihre Berichte. Vier neue Nationalverbände der frauenrechtlerischen Organisationen von Osterreich, Norwegen, Südastralien und der Schweiz sind dem internationalen Bunde beigetreten. Die Konferenz erörterte den Plan, ein internationales vierteljährliches Bulletin über die Frauenbewegung aller Länder zu schaffen. X.

Ein landwirtschaftlicher Kursus für Mädchen ist in Mailand in Anlehnung an das Mädchenwaisenhaus eröffnet worden. Er soll die erste Stufe einer landwirtschaftlichen Frauenschule bilden.

Die erste Konkurrenz von Frauen für die Besetzung öffentlicher Ämter im Staate Queensland (Australien) hat stattgefunden. Unter den 9 Kandidaten, welche mit Erfolg an dem Bewerb teilnahmen, befanden sich 2 Frauen, von denen die eine an erster, die andere an siebenter Stelle die Prüfung bestand. Die erstere, Miss Calow, wurde als Sekretärin in der Kammerei, die letztere, Miss Mc Laughlin, als Sekretärin im Schuldepartement angestellt.

Die Zulassung von Frauen zu den Vorlesungen und Prüfungen der Universität Dublin hat der Senat derselben mit 74 gegen 9 Stimmen beschlossen.

### Quittung.

Für den Agitationsfonds der Genossinnen gingen bei der Unterzeichneten ein: durch Genossin Köhler 4,75 Mark für Broschüren in einer öffentlichen Versammlung des vierten sächsischen Wahlkreises; 49 Mark gesammelt auf Listen 448, 449 und 450 auf dem Parteitag zu Dresden. Summa 53,75 Mark. Dankend quittiert

Berlin, 23. September 1903.

Ottile Baader, Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.  
Berlin SW. 29, Belle-Alliancestr. 95, Hof, 3 Tr.

### Zur Beachtung.

Alle für die Redaktion der „Gleichheit“ bestimmten Sendungen sind zu adressieren:

Frau Klara Zetkin (Zundel)

Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.